

**Europabüro der bayerischen Kommunen
Europabüro der baden-württembergischen Kommunen
Europabüro der sächsischen Kommunen**

Brüssel Aktuell 44/2013

(06.12. – 13.12.2013)

**Kommunal-Europäisches Energie-Forum
der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen**

Am 2. Dezember veranstaltete die Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen ein kommunal-europäisches Energie-Forum in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU in Brüssel. Unter dem Motto „Europa und Kommunen gemeinsam für die Energiewende“ traten kommunale Verbandsvertreter in den Austausch mit Vertretern des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, um Chancen und Grenzen der EU und ihre zukünftige Rolle in diesem Bereich näher zu beleuchten. Das Thema stellte auch den Kern eines Abgeordnetengesprächs am Folgetag dar. Als Fazit lässt sich festhalten, dass das im Laufe der Veranstaltung stark kritisierte deutsche Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) dringend zu reformieren sei, dass aber auch Vertrauensschutz gewährt werden müsse. Ein kontinuierlicher Austausch zwischen der lokalen, regionalen, Bundes- und EU-Ebene sei unerlässlich.

Einführung in die Thematik

In ihrer Begrüßungsrede machte die stellvertretende Leiterin der Landesvertretung Baden-Württemberg Dr. Nicola Schelling auf die besonders ehrgeizigen Ziele der grün-roten Landesregierung Baden-Württembergs aufmerksam, die u. a. bis 2050 eine Absenkung der CO₂-Emissionen um 90 % gegenüber dem Niveau von 1990 beinhalten. Im Klima- und Energiekonzept spiele die Zusammenarbeit mit den Kommunen eine wichtige Rolle.

OB a. D. Prof. Stefan Gläser, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg, erklärte, dass die Kommunen mittlerweile sehr überzeugt von den Chancen seien, welche die Energiewende biete. Die Kommunen wollten daher selbst ein Beispiel geben. Nach den Worten des Bundesverkehrsministers Ramsauer gebe es zudem keine „wutbürgerfreie“ Energieerzeugung. So sei es eine wichtige Aufgabe der Kommunalpolitik, die Bürger bei Mega-Themen mit unmittelbaren Auswirkungen vor Ort bestmöglich mitzunehmen und eine Vermittlungs- und Erklärungsfunktion zu übernehmen. Ferner sprach er die drei Kernfelder an, welche die Kommunen im Zusammenhang mit der Energiewende beschäftigen: Die Energiepolitik als solche, die Wettbewerbspolitik sowie die Klima- und Umweltpolitik. Mit Blick auf die Wettbewerbspolitik stelle die Frage „Liege ich noch richtig?“ oftmals einen Hinderungsgrund für Förderungen bzw. Investitionen dar und bei Auktionsverfahren stünden die Kommunen am Ende der Reihe der großen Bieter. Unterstützung sei nötig für die landwirtschaftlichen Energieerzeuger im ländlichen Raum. Mit Blick auf die EU-Klima- und Umweltpolitik sollten Kommunen als wichtige Verbündete in der Gestaltung und Umsetzung der EU-weiten Klima- und Energieziele betrachtet werden. An dieser Stelle sei nur beispielhaft auf den Konvent der Bürgermeister verwiesen, in dem sich die Kommunen dazu verpflichten noch ehrgeizigere Klimaschutzziele zu erreichen. Allerdings sei von EU-Ebene eine synchrone Meinungsäußerung wünschenswert, um den Kommunen auch hier Planungssicherheit zu bieten.

Gedankenanstöße des Energiekommissars

Im Vorfeld der Podiumsdiskussion gab EU-Energiekommissar Günther Oettinger (D) einen umfassenden Überblick über die Energiepolitik in der EU und Deutschland. Die drei Ziele der EU-Energiepolitik seien klar: Versorgungssicherheit, Umweltfreundlichkeit bzw. Nachhaltigkeit sowie Bezahlbarkeit. Hierbei habe er v. a. davor gewarnt, dass Deutschland durch seinen Alleingang bezüglich des Ausstiegs aus der Atomkraft und die auf Energie erhobenen hohen Steuern, in der internationalen Wirtschaft ins Hintertreffen geraten könnte. Das EEG sei ein einziger Fehlanreiz, der bewirke, dass nicht effiziente Energien viel zu hoch bezuschusst würden. Zudem fehle es an Speicher- und an technischen Möglichkeiten für den Transport von Strom. Im Strombinnenmarkt sollte seiner Ansicht nach möglichst nicht „die“ Politik, sondern vielmehr Angebot und Nachfrage dominieren, denn Strom und Gas seien Produkte im Binnenmarkt. Wenn Energiestrategien in Deutschland diskutiert werden, z. B. Ziele wie ein Anteil von 60 % an Erneuerbaren Energien, klinge das in seinen Ohren nach Planwirtschaft.

Weiter stellte er grundsätzlich in Frage, ob Europa dem „Zickzackkurs“ der deutschen Energiepolitik folgen solle. Die deutsche Energiewende sei seiner Ansicht nach eine Stromwende. Wärme käme in der Diskussion kaum vor, Öl und Gas würden nicht erwähnt. Angesichts der Schwankungen im Bereich der Erneuerbaren Energien seien grenzüberschreitende Leitungen nötig. Die Speicherkapazitäten der Schweiz stellen ein großes Potenzial dar. Entsprechend sei mit einem Abkommen zwischen der EU und der Schweiz zu rechnen. Sachsen wiederum wolle um den Erhalt der Kohlekraftwerke kämpfen. Er kämpfe mit! Auch Mannheim habe diese Notwendigkeit erkannt. Entsprechend werde in Mannheim ein modernes Kohlekraftwerk gebaut. Darüber hinaus machte er darauf aufmerksam, dass Europa nicht allein das Weltklima retten könne, da es lediglich für 6 % der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich sei. Entsprechend warnte er vor zu ehrgeizigen Zielen. Die Gefahr bestehe, dass die Industrie abwandere und außerhalb der EU noch mehr emittiere. Sein Fazit lautete, Partnerländer nutzen, Fragen des Transports und der Speicherung lösen, dann klappe es – vielleicht – mit der deutschen Energiewende.

Kommunale, bundes- und europäische Sichtweisen der Podiumsdiskussion – Masterplan fehlt

Silke Wettach, EU-Korrespondentin der Wirtschaftswoche, moderierte die Podiumsdiskussion und griff eingangs Oettingers Kritik, dass in Deutschland nicht eine sondern 1.000 Energiewenden stattfänden auf. Landrat Michael Harig (Landkreis Bautzen) betonte die Bedeutung des Energiemixes. Der Ausbau alternativer Energie sei begrüßenswert, aber die Art und Weise wie dies vollzogen werde sei kritisch. Sachsen halte am Kohleabbau fest und verfüge mittlerweile über modernste Anlagen. Er plädierte für ein Miteinander von dezentraler und regionaler Energieerzeugung. Leider werde dabei zu wenig auf die Wissenschaft gehört, vielfach sei die Debatte ideologisch geprägt. Das mache es den politischen Entscheidungsträgern vor Ort nicht einfacher sich zu orientieren. Auch Landrat Jakob Kreidl (Landkreis Miesbach), Präsident des bayerischen Landkreistags, bedauerte, dass es in Deutschland keinen Masterplan gebe und damit die Gesamtorganisation in den Ländern fehle. Schließlich sei die Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Preisen doch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Dr. Benjamin Weigert, Generalsekretär des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Wiesbaden, stellte fest, dass EU-Energiekommissar Oettinger der Wissenschaft offensichtlich gut zugehört habe. Ein energieautarkes Dorf ginge schlussendlich zu Lasten der Allgemeinheit und führe zu einem noch kostspieligeren EEG. Auch er pflichtete den kommunalen Podiumsvertretern bei, dass ein Gesamtkonzept für Deutschland fehle. Alles beruhe auf Planungsdaten, die heute Makulatur seien. Er plädiere für ein EEG-Moratorium.

Energiewende nur mit den Bürgern

Auch die Bedeutung der Einbindung der Bürger zog sich wie ein roter Faden durch die gesamte Diskussion. In diesem Zusammenhang machte Präsident Kreidl deutlich, dass die Abkehr von Atomstrom zwar bei den Bürgern gut ankäme, die Energiewende aber aus Sicht derselben sich nicht in der nächsten Umgebung vollziehen solle. So schwappe dem geplanten Pumpspeicherkraftwerk am Tegernsee bereits eine ordentliche Protestwelle entgegen, die einmal mehr deutlich mache, dass die Menschen frühzeitig mitgenommen werden müssten. Genossenschaftsmodelle, welche den Bürgern vor Ort die Vorteile klar machen, seien hier ein möglicher Weg. Mit „allem“ Erneuerbaren könne man begeistern, pflichtete der Südtiroler EU-Abgeordnete und ehemalige Bürgermeister Herbert Dorfmann (EVP) bei, allerdings hätten die Menschen erst sehr spät verstanden, was dies auf der Stromrechnung bedeuten könne. Obwohl es weniger Ausnahmen als in Deutschland gäbe, führe auch die italienische Gesetzeslage zu unverantwortlich hohen Renditen und damit zur Absurdität der Erneuerbaren Energien.

Energieförderung – Rolle der EU-Kommission

Florian Ermacora aus der Generaldirektion Energie der EU-Kommission, die erst kürzlich Leitlinien zu staatlichen Interventionen im Stromsektor veröffentlicht hat (siehe *Brüssel Aktuell* 42/2013), erläuterte die Rolle der EU-Kommission. Die Mitgliedstaaten haben, so Ermacora, was die Wahl der Energieträger betrifft, ein hohes Maß an Souveränität behalten. Darüber hinaus sind die einzelnen Mitgliedstaaten die Adressaten für die EU-Kommission, die sich im Übrigen, so Ermacora, nicht in innerstaatliche Organisation einmische. Dem wurde dem Grunde nach auch von kommunaler Seite zugestimmt. Was die öffentliche Intervention im Energiesektor anbelange, seien die Grundsätze für die Genehmigung von Beihilfen ein scharfes Schwert und sollte EU-Wettbewerbskommissar Almunia mit Blick auf das deutsche EEG aktiv werden, wäre ein hoher Wirkungsgrad zu erwarten.

MdEP Dorfmann und der bayerische EU-Abgeordnete Alber Deß (EVP) mahnten auch die kommunale Ebene an, die unterschiedlichen Kompetenzen der Ebenen nicht gegeneinander auszuspielen. Kommunen können im Bereich der Energieproduktion, -speicherung und -verteilung vieles besser machen, aber auch für diese müssten die gleichen Regeln gelten. Trotzdem habe der Gesetzgeber die Pflicht den „Kleinen“ Rahmenbedingungen zu geben, so dass diese auch weiterhin existieren können. Das EEG sei als Anschubfinanzierung gedacht gewesen, aber mittlerweile zu einer Dauerfinanzierungsmöglichkeit für diejenigen verkommen, die mit der Energiewende verdienen möchten. Alle Diskutanten waren sich einig, dass das EEG dringend einer Reform bedarf, nur über das „wie“ konnte im Rahmen der Veranstaltung kein Konsens gefunden werden. Bedenklich sei aber, nach Europa zu rufen, weil man sich innerdeutsch nicht einigen könne.

Gedankenaustausch zwischen Kommunalvertretern und Abgeordneten des Europäischen Parlaments

Am Folgetag trafen sich die angereisten bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Mandatsträger zu einem Gespräch mit EU-Abgeordneten aus den drei Bundesländern. Auch hier spielte das Thema „Energiewende“ eine große Rolle. Die EU-Abgeordneten machten deutlich, dass der Energiemix und damit die Auswahl der Primärenergieträger nach wie vor national festgelegt werden solle. Allerdings haben sich Produkte wie Strom und Gas etc. im Binnenmarkt frei zu bewegen. Mit Blick auf die Verpflichtungen, die man auch auf kommunaler Ebene im Bereich der Erneuerbaren Energien eingehe, sei darauf zu achten, dass bei der Förderung „europäisch“ gedacht und damit Binnenmarktgesetze nicht ausgehebelt werden dürften. Die kommunalen Mandatsträger regten einen Beitrag des EU-Parlaments zum gesamtgesellschaftlichen Diskurs an. Die Abgeordneten verwiesen in diesem Zusammenhang auf ihre diesbezügliche Bereitschaft, aber auch auf die mangelnde Kompetenz ihres Hauses in diesem Politikfeld.

Modernisierung des EU-Beihilfenrechts und Blick in die künftige Strukturfondsförderperiode

Nicht nur hinsichtlich der Befreiung von energieintensiven Unternehmen von der Umlage des EEG blicken Kommunen einer Modernisierung des EU-Beihilfenrechts gespannt entgegen. Auch bei der Finanzierung von öffentlichen Krankenhäusern, der öffentlichen Abfallentsorgung oder der Tierkörperbeseitigung werden zunehmend beihilferechtliche Fragen aufgeworfen. Auch wenn die EU-Kommission als Hüterin des Wettbewerbsrechts der eigentliche Ansprechpartner auf EU-Ebene sei, so sehe man gleichwohl das Europäische Parlament auch in diesem Politikfeld als wichtigen Gesprächspartner an.

Nach gut zwei Jahren wurden nun die entscheidenden Weichen für die Zukunft der Regionalpolitik 2014-2020 mit der Verabschiedung der Rechtstexte (siehe *Brüssel Aktuell* 42/2013) gestellt und so die künftige Förderperiode eingeläutet. Auch in den Bundesländern sind die Arbeiten an den Operationellen Programmen z. B. für den EFRE oder ESF weiter vorangeschritten. Spätestens im Sommer 2014 werden diese in den Bundesländern installiert sein. Die kommunalen Vertreter bedankten sich bei den Abgeordneten für deren wertvolle Unterstützung. Durch das Engagement der Parlamentarier können Kommunen im Sinne des verbindlichen Partnerschaftsprinzips nun stärker eingebunden werden. Auch hatten die Abgeordneten für eine größere Flexibilität bei der inhaltlichen Schwerpunktsetzung in den Operationellen Programmen gesorgt, so dass diese besser auf die Bedürfnisse einer Region zugeschnitten werden können. (CB/JL/KS)